

Vernetzung Trotz Kritik: Von der Elektronischen Gesundheitsakte ELGA sollen Patienten und Ärzte profitieren

ELGA: Sicherheit steht weiter an erster Stelle

Widerstand und Kritik vonseiten des Österreichischen Hausärzterverbands lassen nicht nach.

JUDITH NEUNTEUFL

Wien. In seinem Buch „Maschinensturm“ beschreibt der Historiker Michael Spehr den Protest und Widerstand gegen technische Neuerungen am Anfang der Industrialisierung und geht der Frage nach, ob es sich dabei um blinden Hass auf neue Technologien oder um eine sozialverträgliche Technikkontrolle handelte. Ganz einfach lässt sich das auch bei der langatmigen, immer noch andauernden Debatte um die Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) nicht beantworten.

Mit der Vernetzung von Gesundheitsdaten und -informationen und der Standardisierung der elektronischen Kommunikation zwischen Gesundheitsanbietern durch ELGA erhofft sich die Regierung eine Steigerung der Qualität und der Effizienz der gesundheitlichen Versorgung.

„Großer Nutzen“

„ELGA ist Teil der Gesundheitsreform. Sie wird sowohl für die Patienten als auch für die Ärzte anwenderfreundlich gestaltet sein und beiden großen Nutzen bringen“, verspricht ELGA-Geschäftsführerin Susanne Herbek. Vor allem für chronisch Erkrankte bringe ELGA Erleichterung, weil die behandelnden Ärzte künftig auf Befunde oder Medikamentenlisten direkt und rund um die Uhr zugreifen können. Mit ELGA sollen stufenweise niedergelassene Vertragsärzte, Apotheken, Pflegeeinrichtungen und Spitäler in Österreich flächendeckend vernetzt werden; bis Mitte 2016 sollen auch alle öffentlichen Spitäler mit ELGA arbeiten.

Die Teilnahme an ELGA ist für die Österreicher *freiwillig*; wer



ELGA-Geschäftsführerin Susanne Herbek verspricht, dass man alles tut, um die Elektronische Gesundheitsakte sicher zu machen.

nicht daran teilnehmen möchte, kann sich schriftlich über die ELGA-Widerspruchsstelle oder online über das ELGA-Portal abmelden; rund 194.000 Personen, das entspricht 2% der Bürger, sind dieser Option bisher nachgegangen.

Widerstand und Kritik kommen wiederholt vom Österreichischen Hausärzterverband (ÖHV), der Anfang 2014 mit einer Kampagne für eine Abmeldung der Patienten von ELGA auch einen großen Teil der Ausstiege motivierte und nun seine Kritik erneuert; Unterstützung erhält der ÖHV etwa von der Ärztekammer und der ARGE Daten.

An oberster Stelle fürchtet der ÖHV eine mangelnde Sicherheit der Daten und einen Missbrauch dieser durch Ämter und Behörden.

Weiters sieht man die ärztliche Schweigepflicht gefährdet und befürchtet hohe Kosten und ein Chaos bei der Umsetzung. Außerdem wirft man der Regierung vor, dass die Ärzteschaft zu wenig in den Entwicklungsprozess von ELGA eingebunden worden sei.

Desinformation

Die Verantwortlichen versprechen, dass Qualität und Sicherheit an oberster Stelle stehen, und verweisen auf Desinformation seitens des ÖHV. „ELGA-Gesundheitsdaten dürfen weder von Behörden noch durch Versicherungen abgefragt werden“, erklärt Herbek: „Auch Ärzte, die für Behörden oder Versicherungen tätig sind, etwa Amts-

oder Chefärzte, haben keinen Zugriff. Jeder Zugriff auf die Daten ist protokolliert. Für nicht befugte Zugriffe gibt es Strafen in der Höhe von mehreren 10.000 Euro bzw. bis zu einem halben Jahr Haft.“

Die Vorteile der ELGA sind etwa Zeitersparnis durch das Wegfallen von Mehrfachuntersuchungen und eine Stärkung der Patientenautonomie durch einen besseren und leichteren Zugang zu den eigenen Gesundheitsdaten. Bis zum Jahr 2017 soll die Einführung von ELGA 130 Mio. Euro kosten, danach wird mit jährlichen Kosten von 18 Mio. Euro gerechnet. Demgegenüber stehen jährlich zu erzielende Einsparungen im Gesundheitssystem von 129 Mio. Euro durch ELGA.